E-PAPER Schwäbisches Tagblatt

Ausschnitt drucken Fenster schliessen (c) Schwäbisches Tagblatt vom 25.11.2009

Zahlen müssen auf den Tisch

Als Ausschuss-Vorsitzender will Winfried Hermann Informationsrechte ausreizen

Als Abgeordneter will er sich weiter deutlich zur Bahnprivatisierung oder Stuttgart 21 äußern. Doch als Vorsitzender des Verkehrs-Ausschusses des Bundestags spielt der Tübinger Grüne Winfried Hermann künftig eher eine präsidiale Rolle. Heute wird gewählt.

RENATE ANGSTMANN-KOCH

„Es wäre verwegen zu glauben, man könne Gegen-Verkehrsminister werden", sagt Winfried Hermann. Bild: Metz

Tübingen. In den zurückliegenden 33 Jahren lag der Vorsitz im Verkehrs-Ressort des Bundestags stets in Händen der CDU/CSU. Die heutige Abstimmung ist Formsache. Wer die Ausschüsse leitet, ist längst zwischen den Fraktionen abgestimmt. Die Grünen entschieden sich neben dem Vorsitz im Menschenrechts-Ausschuss auch für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung – „das ist der wirklich übersehene Umweltausschuss", sagt Winfried Hermann.

„Ich werde eine Gratwanderung machen", schildert der 57-Jährige das Dilemma, vor das ihn seine neue Aufgabe stellt. Sie erfordert Fairness. „Ich werde meine Akzente setzen, aber nicht so, dass ich alles andere ignoriere." Mit 37 Mitgliedern ist der Verkehrs-Ausschuss nach dem Haushalts-Ausschuss der zweitgrößte des Bundestags. Die politische Mehrheit hat wie überall die Koalition. Es wäre also illusorisch zu glauben, als Grünen-Abgeordneter eine Art Gegen-Verkehrsminister sein zu können, ist sich Hermann bewusst.

Bisher sei der Verkehrs-Ausschuss „oft genug das schlecht informierte Anhängsel des Verkehrsministers" gewesen. „Das hat alle Parlamentarier geärgert." So sei es schwer gewesen, den früheren Bahn-Chef Hartmut Mehdorn vor den Ausschuss zu zitieren. Dabei seien die heutigen Sicherheitsprobleme der Züge und der S-Bahn in Berlin direkte Folge des angestrebten Börsengangs: Werkstätten wurden geschlossen, Wartungsintervalle ausgedehnt. Hinzu kamen Probleme wie die zu geringe Dimensionierung von ICE-Achsen.

> Es wäre aber ziemlich schrecklich, wenn ich so einen Bundespräsidentensprech kriegen würde.

Hermann rechnet nicht damit, dass es in dieser Wahlperiode zur Bahnprivatisierung kommt. Wenn doch, müsse sichergestellt sein, dass die Infrastruktur in öffentlicher Hand bleibt. Das von den Grünen abgelehnte Projekt Stuttgart 21 sei auch mit einem Ministerpräsidenten Stefan Mappus noch nicht am Ende. Allerdings ließ Mehdorns Nachfolger Rüdiger Grube nachrechnen, und es wurde deutlich, dass alle vorgesehenen Reserven bereits vor Baubeginn eingeplant sind: „Ich werde dafür sorgen, dass die Zahlen im Ausschuss auf den Tisch kommen. Ich will, dass am Anfang Kostenwahrheit steht und effizient mit dem Geld umgegangen wird."

Starke Bedenken hat Hermann auch gegen eine Pkw-Maut. Eine Autobahnvignette für 50 bis 100 Euro lehnt er als „ökologisch und sozial nicht angemessene Form des Kassierens" ab. Gegen eine streckenbezogene Maut, wie sie in den Niederlanden diskutiert wird, spreche unter anderem der Datenschutz. Auch gerate die Finanzierung wenig befahrener Strecken in Gefahr. „Ich will den Politiker in Deutschland sehen, der die Mineralöl, Öko-, Mehrwert- und Kraftfahrzeugsteuer abschafft", spottet Hermann. Dabei gebe es mit der Mineralölsteuer „eine sehr einfache und datenschutzrechtlich unbedenkliche Methode", Abgaben entsprechend Fahrleistung zu erheben.

> Wenn man Staats-Verarmungspolitik durch Steuersenkung macht, kann man nicht bessere Bildung versprechen.

Der Grünen-Abgeordnete will, dass auch Themen wie demografischer Wandel, Klimaschutz oder nachhaltige Stadtmodelle im Ausschuss eine Rolle spielen. Die neue Regierung habe mit Steuererleichterungen für eine kleine Klientel zu Lasten künftiger Generationen bereits einen Riesenfehler gemacht. Das damit verspielte Geld werde in der Bildung fehlen. Gleichwohl hegt Hermann Zweifel, dass es der Opposition gelingt, die Koalition schon in vier Jahren wieder abzulösen. Zum einen werde Schwarz-Gelb alles, was heikel ist und Wähler vor den Kopf stößt, bis nach der nächsten Wahl verschieben. Zum anderen dauere es in Deutschland lang, bis sich Mehrheiten für eine neue Politik bilden.

Überdies werde eine Regierung nur abgelöst, wenn es eine erkennbare Alternative gibt. „Im Bundestag ist es schockierend, wie klein der Block der SPD geworden ist", findet Hermann. Ohne junge Abgeordnete könne sich die Partei jedoch kaum erneuern. In der Linksfraktion gebe es dagegen viele, die Regierungsbeteiligungen ablehnten. „Das wird einem rot-rot-grünen Bündnis einen solchen Makel geben, dass die Wähler es nicht wollen", ist Hermann überzeugt: „Das erste Debakel wird Nordrhein-Westfalen sein."